

Klimagerecht in die Zukunft

Beschluss des XXV. Kongresses der Naturfreunde Internationale am 7. Oktober 2023 in Spital am Pyhrn

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist mittlerweile weltweit deutlich spürbar und bedroht unser aller Zukunft. Die Folgen sind auf tragische Weise sozial, zeitlich und regional höchst unterschiedlich verteilt:

- Zwischen der Verursachung und der vollen Entfaltung der Folgen liegen Jahrzehnte.
- Die Hauptverursacher sind in der Regel nicht die Hauptbetroffenen.
- Klimaanpassung ist vor allem den Inselstaaten und tiefliegenden Ländern sowie unzähligen Ländern in von Natur aus trockenen Regionen wie der Sahelzone nicht oder nur begrenzt möglich – zudem fehlen den Ländern des Globalen Südens die notwendigen finanziellen Mittel für die erforderlichen Maßnahmen.
- Das Risiko wächst, dass sich die reichen Regionen in grünen Oasen des Wohlstands vom Rest der Welt abschotten; damit wächst auch die Gefahr der Klimakriege, und das, obwohl die Menschen aller Nationen immer stärker wechselseitig voneinander abhängig sind.



Die Naturfreunde Internationale fordert daher von den wohlhabenden Staaten ein stärkeres Engagement für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ein: sofortige ambitionierte und verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen sowie die effiziente Unterstützung der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder und Menschen.

Ohne Klimagerechtigkeit keine Zukunft und kein Frieden!

Klimagerechtigkeit ist keine Wohltätigkeit, sondern eine Notwendigkeit für die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für alle! Klimagerechtigkeit bedarf einer grundlegenden sozialen und ökologischen Veränderung der bestehenden Verhältnisse in den Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens.

Das Ziel der Naturfreunde Internationale ist es, ihre friedenspolitischen, umweltpolitischen und ökologischen Forderungen zu einem gesellschaftlichen Transformationsprogramm zusammenzuführen, das Klimagerechtigkeit ermöglicht. Dafür ist es notwendig, dass die Staaten des Globalen Nordens ihre Verantwortung für die Umweltzerstörungen der Vergangenheit anerkennen und Unterstützung für eine Sicherung der Lebensgrundlagen in den Staaten des Globalen Südens bieten. Dazu gehört auch die Anerkennung der verheerenden Folgen des europäischen Kolonialismus.

Ungenügende Fortschritte bei der internationalen Klimapolitik.

Seit Jahren wird auf internationalen Klimakonferenzen verhandelt, wie man den Prozess der globalen Erwärmung stoppen oder zumindest verlangsamen kann. 2015 kam es im Zuge der Weltklimakonferenz in Paris zur Einigung, den CO₂-Ausstoß in den nächsten Jahren so weit zu reduzieren, dass die globale Erwärmung maximal 2 Grad erreicht, wobei als Ziel eine Eindämmung der Erderwärmung bei 1,5 Grad formuliert wurde.

Der Weltklimarat (IPPC) der Vereinten Nationen führt regelmäßig globale Studien durch, deren Ergebnisse international abgestimmt und veröffentlicht werden. Der 6. Sachstandsbericht wurde am 20. März 2023 veröffentlicht und zeigt ein alarmierendes Ergebnis: Die globale Erwärmung hat sich bereits auf 1,1 Grad erhöht und die von den Vertragsstaaten zugesicherten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die globale Erwärmung bei 1,5 Grad zu stabilisieren. Und auch wenn es bei der letzten Klimakonferenz im November 2022 im ägyptischen Sharm El Sheikh grundlegendes Einverständnis zur Einrichtung eines sogenannten „Loss and Damage Fund“ zur Unterstützung der ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder gab, fehlen nach wie vor verbindliche Zusagen zur Finanzierung.

Dass dringend gehandelt werden muss, ist mittlerweile nahezu allen Menschen klar. Vor allem junge Menschen, die ihre Zukunft in Gefahr sehen, engagieren sich aktiv für den Klimaschutz und greifen zunehmend auch zu immer schärferen Protestformen, weil jahrelanges zivilgesellschaftliches Engagement, z.B. im Rahmen von Fridays for Future, nicht zu den dringend notwendigen politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Veränderungen geführt hat. Auch wenn ihre Protestmaßnahmen manchmal die Falschen treffen und zu Unverständnis führen, müssen wir uns mit ihnen solidarisch zeigen und ihre berechtigten Anliegen und Forderungen unterstützen!

Wir müssen jetzt handeln, wenn wir eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen sichern wollen. Wir müssen jetzt unsere Energiesysteme auf erneuerbare Energien umstellen und den Einsatz fossiler Brennstoffe radikal reduzieren. Wir müssen jetzt unser Mobilitäts- und Konsumverhalten ändern, denn ein Großteil der CO₂-Emissionen wird durch den Verkehr und die Landwirtschaft verursacht – vor allem durch den Transport von Gütern quer über Kontinente, durch den nach der Pandemie wieder massiv zunehmenden Flugverkehr und durch den ausufernden Konsum von tierischen Produkten. Und wir müssen wieder zu einer vernünftigen Kreislaufwirtschaft zurückfinden, die den sorgsam Umgang mit den natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt stellt.

Die Maßnahmen für eine Umsteuerung in eine nachhaltige Welt sind mit Kosten verbunden – aber es werden damit mittel- und langfristig gravierende Folgekosten vermieden. Zudem werden zukunftssträchtige Arbeitsplätze geschaffen und viele Wirtschaftszweige, wie die Land- und Forstwirtschaft und der Tourismus, profitieren von einer Verbesserung der Umweltbedingungen.

Die Klimakrise trifft die Ärmsten.

Von der Klimakrise besonders betroffen sind zum Beispiel die Menschen im westafrikanischen Senegal, einem der ärmsten Länder der Erde: Ein Großteil der Bevölkerung verdient seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und der Fischerei. Aber gerade diese so wichtigen Wirtschaftszweige sind stark von den Klimaveränderungen betroffen – von Dürre und Überflutungen, die zu Missernten führen, von veränderten Meeresströmungen, die Fischschwärme umleiten. Zudem sind bereits ganze Küstenregionen aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels und der Küstenerosion im Meer versunken. So verlieren Zigtausende Menschen Jahr für Jahr ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage.

Die Länder des Globalen Südens leiden nicht nur unter der Klimakatastrophe, für die sie kaum verantwortlich sind, sondern können auch Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen oder für die Reparatur von Schäden nicht selbst finanzieren. Außerdem sind sie auf massive Wirtschaftshilfe angewiesen, um die Verluste in der Landwirtschaft und in der Fischerei abzufedern, damit die Bevölkerung nicht gezwungen wird, das Land zu verlassen.

Die Hauptverursacher müssen einen Beitrag zur Finanzierung der Anpassungs- und Transformationskosten leisten.

Ein weltweiter solidarischer Ausgleichs- und Unterstützungsfonds in der Höhe von mindestens zwei Prozent des Bruttonationalprodukts der Länder des Globalen Nordens zur Unterstützung der Länder des Globalen Südens ist dringend notwendig. Verglichen mit den jährlichen Militärausgaben von weltweit rund 2.200 Milliarden Dollar sind die Kosten für die Umsteuerung in der Klimakrise gering.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der 17 globalen Entwicklungsziele, mit denen die UNO im Rahmen der Agenda 2030 die Basis für ein gutes Leben für alle Menschen schaffen möchte.

Forderungen an die Industrie- und Schwellenländer

Der XXV. Kongress der Naturfreunde Internationale in Spital am Pyhrn fordert die Industrie- und Schwellenländer auf, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Klimagerechtigkeit zu verstärken, sodass die Stabilisierung der Klimaerwärmung bei 1,5 Grad bis 2050 erreicht werden kann.

Dazu sind folgende Maßnahmen zu setzen:

- 1) die vollständige Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Quellen (Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme – jeweils im Einklang mit den geltenden Natur- und Umweltschutzgesetzen);
- 2) die rasche Reduktion der CO₂-Emissionen bei allen industriellen Prozessen im Einklang mit dem EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050;
- 3) eine konsequente Verkehrswende mit dem Ziel eines möglichst schnellen Ausstiegs aus der Produktion und Nutzung von Verbrennungsmotoren. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme muss zügig erfolgen und auch im ländlichen Raum und grenzüberschreitend attraktiv gestaltet werden. Dies erfordert eine Konzentration der finanziellen Mittel auf den Ausbau nachhaltiger Mobilität, also Rad- und Fußverkehr, Bahn und öffentliche Nahverkehrssysteme;
- 4) eine unverzügliche Transformation der industrialisierten, klimaschädlichen Land- und Forstwirtschaft in Richtung einer ökologisch verträglichen, ressourcenschonenden Landbewirtschaftung;
- 5) eine konsequente Wärmewende mit der klimagerechten Sanierung von Wohnungen und Häusern und einem zügigen Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung und Klimatisierung vorzugsweise durch gemeinschaftliche Lösungen auf lokaler und regionaler Ebene;
- 6) der sofortige Stopp umweltschädlicher Subventionen;
- 7) die Regionalisierung der Versorgung, sodass Transportwege und gleichzeitig auch die Risiken von globalen Lieferketten reduziert werden;
- 8) die Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen in andere Länder (z.B. durch die Verlagerung von umweltschädlichen Produktionsanlagen);

- 9) eine umfassende gesetzliche Sorgfaltspflicht für alle Unternehmen, um Umweltschäden und Verletzungen der Menschenrechte entlang der gesamten globalen Wertschöpfungsketten zu verhindern;
- 10) die Finanzierung eines globalen, solidarischen Ausgleichs- und Unterstützungsfonds durch die Staaten des Globalen Nordens in Höhe von mindestens zwei Prozent ihres Bruttonationalprodukts für die notwendigen Anpassungsmaßnahmen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den Staaten des Globalen Südens;
- 11) eine an humanitären und menschenrechtlichen Standards ausgerichtete Flüchtlingspolitik und die Anerkennung von Klimaflucht als Tatbestand der Genfer Flüchtlingskonvention;
- 12) beim notwendigen Umbau der Gesellschaft die besonderen Auswirkungen auf sozial benachteiligte, ausgegrenzte und diskriminierte Menschengruppen zu berücksichtigen und diese bestmöglich zu unterstützen und vor weiterer Ausgrenzung zu schützen;
- 13) eine tatsächliche Beteiligung junger Menschen in allen sie betreffenden Lebensbereichen wie in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt.

Der Beitrag der Naturfreunde zur Klimagerechtigkeit

Die Naturfreunde Internationale hat einen Klimafonds eingerichtet, der die Möglichkeit bietet, einen persönlichen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit zu leisten. Die Spenden fließen zu 100 Prozent in konkrete Projekte der afrikanischen Naturfreunde, welche die Folgen des Klimawandels mildern und die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern.

Zusätzlich sehen sich die Naturfreunde in der Verantwortung, als große zivilgesellschaftliche Bewegung selbst ihren Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels zu leisten.

Konkrete Maßnahmen dazu sind:

- 1) die Forcierung einer möglichst klimaschonenden Anreise zu allen Naturfreunde-Aktivitäten;
- 2) die voranschreitende Ökologisierung der Naturfreunde Häuser und Schutzhütten und ein laufender Ausbau des Angebots an vegetarischen und veganen Gerichten mit regionalen Zutaten;
- 3) das Setzen von bewussteinbildenden Maßnahmen für klimagerechtes Handeln und Nachhaltigkeit;
- 4) die Unterstützung der von der Naturfreunde Internationale gesetzten Aktivitäten zur Erhöhung der Bekanntheit des Naturfreunde Klimafonds und zur Akquise von Spendengeldern;
- 5) die Kompensation nicht vermeidbarer Flüge über den Naturfreunde Klimafonds:
 - a. die Leistung eines adäquaten Beitrags für alle Flüge im Zuge von Gremienveranstaltungen und Aktivitäten der Naturfreunde Internationale durch die NFI bzw. die teilnehmenden Mitgliedsorganisationen,
 - b. die Motivation der Naturfreundesektionen und -gruppen, bei allen Flugreisen einen adäquaten Klimafondsbeitrag in den Reisepreis zu inkludieren;
- 6) die Unterstützung friedlicher Klimaproteste und ein klares Nein zur Kriminalisierung von Klimaaktivist:innen.

Klimagerechtigkeit ist ein Prinzip, das weltweit jedem Menschen, einschließlich der zukünftigen Generationen, das gleiche Recht auf ein intaktes Weltklima zugesteht und zugleich eine gerechte Finanzierung von in Folge des Klimawandels notwendigen Maßnahmen anstrebt.

Damit das Weltklima nicht aus den Fugen gerät, muss die vom Menschen verursachte Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius beschränkt werden. Das bedeutet, dass jeder Mensch auf der Welt nur maximal zwei Tonnen CO₂ im Jahr verursachen darf. Im Jahr 2019 lagen die durch den Energieverbrauch und Konsum bedingten CO₂-Emissionen pro Kopf in Deutschland bei 7,9 Tonnen, fast doppelt so viel wie der weltweite Durchschnittswert. Dies steht im krassen Gegensatz zu den von Menschen im Globalen Süden verursachten CO₂-Emissionen, die vielfach weniger als eine Tonne pro Jahr ausmachen. Zugleich sind die Länder des Globalen Südens jedoch am stärksten vom Klimawandel betroffen.

Begründung

In Europa sind die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels bereits deutlich spürbar: Ganze Regionen leiden unter extremer Trockenheit, die Hitzeperioden nehmen zu, Starkregenereignisse führen zu Hochwasser und Murenabgängen, in den Alpen fehlt der Schnee.

Noch wesentlich stärker betroffen sind die Menschen im Globalen Süden, von denen viele ohnehin schon unter extremer Armut leiden. Extreme Hitze, Dürre, Flutkatastrophen, Erosion ganzer Küstenregionen – die Folgen sind dramatisch und zwingen schon jetzt immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatregionen zu verlassen. Die Industrie- und Schwellenländer haben den größten Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen. Das reichste 1 % der Weltbevölkerung verursacht doppelt so viele Emissionen wie die ärmsten 50 %.

Seit Jahrzehnten wissen wir, dass die Wirtschafts- und Lebensweise der Industrie- und Schwellenländer das Weltklima negativ beeinflussen. Die Nutzung von fossilen Energieträgern führt zu Kohlendioxid-Emissionen und damit über den Treibhauseffekt zu einer Erhöhung der globalen Temperaturen. Die Folgen sind schon längst für alle spürbar: Gletscher schmelzen, Böden und Seen trocknen aus, der Grundwasserspiegel sinkt ab, Waldbrände häufen sich, Permafrostböden tauen auf und der Meerespiegel steigt. Gleichzeitig führen Starkregenereignisse zu Überschwemmungen und Flutkatastrophen und Stürme verursachen auch in Europa immer öfter massive Schäden.

Die Europäische Umwelt Agentur schätzt, dass die wirtschaftlichen Verluste durch extreme Wetterereignisse in Europa zwischen 1980 und 2021 bereits 560 Milliarden Euro betragen haben, wobei maximal ein Viertel bis zu einem Drittel davon durch Versicherungen abgedeckt werden konnte. Nicht beziffert sind die globalen Auswirkungen: der weltweite Rückgang an Artenvielfalt, die Verluste in der Landwirtschaft und Fischerei in den Ländern des Globalen Südens oder der Anstieg des Meerespiegels, der mit einem Verlust von Wirtschafts- und Siedlungsfläche in den Küstenregionen einher geht. Während die Menschen in den Industriestaaten auf eine sozialstaatliche Absicherung und Katastrophenhilfen zählen können, sind die Menschen im Globalen Süden diesen Entwicklungen meist schutzlos ausgeliefert. Zigtausende verlieren ihre Lebensgrundlage und werden zur Abwanderung gezwungen, viele müssen auch mit ihrem Leben für die Klimakrise bezahlen, an deren Ursachen sie einen nur sehr geringen Anteil haben. Und auch in den reichen Ländern leiden die Ärmsten am meisten, während die finanziell besser gestellten Bevölkerungsschichten viele Möglichkeiten haben, die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Lebensqualität zu mindern, etwa durch die Klimatisierung ihrer Wohnungen oder einen Zweitwohnsitz in einer klimatisch begünstigten Gegend.

Die Gefahr von Klimakriegen wächst, wenn es nicht schnell zu einer sozialen und ökologischen Weltpolitik kommt. Wir leben in einem Jahrzehnt der Extreme, in dem die bisherigen Gewissheiten keinen Bestand mehr haben. Die Krisen und Herausforderungen häufen sich, verbinden sich und verstärken sich. Immer schneller steuert die Menschheit auf den verhängnisvollen Zeitpunkt zu, an dem die unbewältigten Krisen Synergien erzeugen werden, deren negative Folgen jenseits unserer Vorstellungskraft liegen. Bereits heute sind die Folgen des Klimawandels deutlich zu spüren. Wenn es nicht gelingt, zu einem schnellen und konsequenten Umbau der heutigen auf fossilen Energieträgern basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu kommen, werden sich die Folgen des sich beschleunigenden Klimawandels für die Ökosysteme und die menschliche Gesellschaft dramatisch verschärfen.

Die Folgen der Erderwärmung treffen vor allem die armen Weltregionen und die Ungeborenen, die über nur einen geringen oder noch über gar keinen politischen Einfluss verfügen. Die Klimakrise vertieft die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd, zwischen Jung und Alt, wobei es auf Dauer auch für die privilegierten Bevölkerungsgruppen keinen „Notausgang“ geben wird. Aber sie sind bisher weniger betroffen und können sich besser schützen.

Der Weltklimarat, der größte Wissenschaftskonvent der Welt, hat mit Hilfe der Paläoklimatologie, von über 29.000 Datenblättern aus der Wetterbeobachtung und von zahlreichen Computersimulationen eine düstere Zukunft aufgezeigt, wenn wir nicht schnell gegensteuern. Die Menschheit führt einen alltäglichen Krieg gegen die Natur, den Globalen Süden und die Zukunft. Die globale Erwärmung kommt schneller, härter und einschneidender als noch vor wenigen Jahren erwartet wurde. Nie zuvor war die Menschheit so gefordert, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, also Rücksicht zu nehmen auf ein denkbare Morgen und zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen. Denn heute wird die höchste Konzentration von Treibhausgasen seit 650.000 Jahren gemessen. Die Geschwindigkeit des Temperaturanstiegs übersteigt alles, was aus den letzten Jahrtausenden bekannt ist. Selbst bei einem sofortigen Stopp der Treibhausgase ist eine weitere Erwärmung von 0,1° C pro Dekade über lange Zeit nicht zu verhindern.

Wenn nicht schnell und durchgreifend gehandelt wird, drohen die Folgen der Erderwärmung zur bedeutendsten Ursache politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen zu werden, die sich um Wasser, Nahrungsmittel und Rohstoffe, um Lebensbedingungen und Migration drehen. Die Folgen sind Gewalt, Verteilungskonflikte und Destabilisierung, die die Sicherheit in einem unbekanntem Ausmaß bedrohen werden: Degradation von Süßwasserressourcen, Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, Sturm- und Flutkatastrophen sowie umweltbedingte Armutswanderung, von denen arme und fragile Staaten besonders betroffen sein werden.

Für das südliche und westliche Nordamerika wird ein Trinkwassermangel befürchtet. In vielen Regionen wird die Ernte stark zurückgehen. Starke Hurrikans werden zunehmen. Florida ist vom steigenden Meeresspiegel betroffen. In Lateinamerika schmelzen die Andengletscher. In der Folge drohen bis zu 77 Millionen Menschen von Wassermangel betroffen zu werden. Bereits rd. 30 Prozent von der 2.042 Quadratkilometer großen Gletscherfläche in den Kordilleren sind verloren gegangen. Vier Fünftel der peruanischen Energieversorgung hängt von Wasserkraftwerken ab. Besonders düster ist die Aussicht für Lima. Die Wasserversorgung der mehr als 7,5 Millionen Einwohner wird durch die Anden ermöglicht. Die Reserven gehen rapide zurück. Die Luftfeuchtigkeit nimmt ab, so dass die Biosphäre von der Hitze geschädigt wird, die trockene Savanne wird tropische Wälder verdrängen.

Große Teile Afrikas können künftig noch weniger als heute bewässert werden. Darunter werden künftig rund eine halbe Milliarde Menschen leiden. Bereits heute sind 46 Prozent der afrikanischen Landfläche mit 465 Millionen Menschen Wüste. Eine Versalzung landwirtschaftlicher Gebiete trifft

besonders das bevölkerungsreiche Nildelta. Allein im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas sind 15 bis 20 Prozent der Menschen unterernährt.

Durch die Erderwärmung drohen dem Armenhaus der Erde in einigen Regionen bis zu 50 Prozent Ernteauffälle. Schon bei einer globalen Erwärmung um 1,8° C können in einigen Ländern die Erträge um 20 Prozent zurückgehen. Am härtesten betroffen sein werden im Süden Mosambik, Malawi und Sambia, die zu den ärmsten Gesellschaften der Welt gehören, ebenso große Teile Ostafrikas – Nordkenia, Äthiopien, Eritrea und Dschibuti sowie Sudan und Somalia. In den Mündungsgebieten großer Flüsse sind Millionenstädte wie Lagos in Nigeria von Überschwemmungen gefährdet.

In Asien werden künftig zahlreiche Überschwemmungen vom Schmelzwasser der Gletscher des Himalayas verursacht. Sie sind die Wasserspeicher Asiens und machen 15 Prozent der globalen Eismasse aus, große Flüsse wie der Indus, Mekong oder Jangtse speisen sich daraus. Im Trend werden in 100 Jahren alle chinesischen Gletscher geschmolzen sein. China hat schon heute mit Wasserknappheit und Wasserverseuchung zu kämpfen. Bevölkerungreiche Großstädte wie Mumbai oder Shanghai liegen im Mündungsbereich von Flüssen. Insgesamt leben 635 Millionen Menschen an Küsten, die nur bis zu 10 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Schon eine Erwärmung um 2° C kann für Millionen von Menschen in Bangladesch das Leben unmöglich machen. Geologisch ist das Land eine einzige Flussniederung. Sollte der Meeresspiegel um 45 cm ansteigen, müssten sich bis zu 5,5 Millionen Menschen eine neue Heimat suchen.

Kleine Inseln im Pazifik, deren höchster Punkt nur fünf Meter über dem Meeresspiegel liegt, werden vom Wasser abgetragen und überschwemmt. Die Regierung des Inselstaates Tuvalu versuchte bereits vorsorglich, für ihre Bevölkerung in Neuseeland oder Australien Asyl zu beantragen.

Auch für Europa gibt es alarmierende Befunde. Wissenschaftler befürchten, dass bei einem Abbrechen der arktischen Eisschilde Holland nicht zu retten sein könnte. Nach Angaben des Bundesamtes für Meereskunde wurde in der Nordsee seit 1993 ein kontinuierlicher Temperaturanstieg im Oberflächenwasser von rund 2° C registriert. Der pH-Wert nimmt ab. Seit Beginn der Industrialisierung ist er um ca. 0,11 Einheiten gesunken, ein weiteres Absinken bis zu 0,35 pH-Einheiten bis 2100 ist zu befürchten. Das hat erhebliche Auswirkungen auf Muscheln, Schnecken und Korallen. Die Alpen verlieren in rasantem Tempo ihre Eiszonen und Gletscher. Starkregen, Überschwemmungen, Erosion und Gletscherschmelze nehmen zu, im Süden Europas sind Dürren und Ernteauffälle zu erwarten. Trockenheit wird das Hauptproblem sein. In Südspanien und Portugal, aber auch in Griechenland entstehen neue Wüstengebiete.

Bedrohlich ist die Freisetzung von Methan aus der auftauenden Tiefkühltruhe Sibiriens, eine gewaltige Treibhausbombe. Die Permafrostgebiete liegen überwiegend in Russland, China und Kanada. Die Methan-Emissionen können für einen zusätzlichen Wärmeschub in der Atmosphäre sorgen, sie sind fast 30-mal wirksamer als Kohlendioxid.

Die Klimakrise ist nicht allein die Ursache von Ungleichheit, aber sie verschärft dramatisch die bestehenden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sowie Armen und Reichen. Kinder und Jugendliche sind besonders betroffen und müssen mit den heute getroffenen Entscheidungen oder Nichtentscheidungen leben. Die Klimakrise ist die Folge der auf Ausbeutung von Mensch und Natur ausgerichteten Wirtschaftsweise und eng verbunden mit der über 500 Jahre alten Geschichte des europäischen Kolonialismus, seiner zerstörerischen Gewalt und Unterdrückung. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahre wurde die Klimakrise massiv verstärkt.

Die zunehmende Klimakrise wird bestehende Ungerechtigkeiten weiter verschärfen. Ärmere Menschen können es sich nicht leisten, bei zunehmenden Naturkatastrophen teure Sicherungsmaßnahmen für ihre Häuser und landwirtschaftlichen Grundstücke vorzunehmen oder ihren Wohnort in eine sicherere Region zu verlagern. Dadurch wird sich die Ungleichheit zwischen Globalem Norden und Globalem Süden weiter erhöhen.

Schon heute stufen viele politische wie auch militärische Institutionen den Klimawandel als großes „Sicherheitsrisiko“ ein. In ihren Sicherheitsanalysen gehen sie davon aus, dass durch verstärkte Naturkatastrophen, durch die Zunahme von Dürren und dadurch verursachter Hungersnöte, durch Überschwemmungen und Stürme die gesellschaftlichen Konflikte, bis hin zu Kriegen zunehmen werden. Durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen werden immer mehr Menschen zu Klimaflüchtlingen, was weitere Instabilitäten in ganzen Regionen erzeugen kann. Es wird davon ausgegangen, dass in den nächsten Jahrzehnten mehr als 250 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden.

Auch in den Staaten des Globalen Nordens werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich zu spüren sein. Die Wüstenbildung in den südlichen Staaten der EU wird zunehmen, Wasserknappheit und deutliche Ernteverluste in vielen Teilen der EU werden zu steigenden Lebensmittelpreisen führen, was gerade für die einkommensbenachteiligten Gruppen in der Gesellschaft weitere Benachteiligungen verursachen wird.